



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 18. Ratssitzung vom 5. Oktober 2022

742. 2022/343

Dringliches Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 13.07.2022:

Kauf von gebrauchten Krankenwagen und Lieferung in die Ukraine über Entwicklungsorganisationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 412/2022): Man kann uns allen zusprechen, dass wir Demokraten sind. Wir diskutieren und kämpfen um unsere Ideen – die beste Idee soll sich durchsetzen. Für uns Demokraten ist es unvorstellbar, dass Russlands Präsident Wladimir Putin mit seinem russischen Mafiastaat geostrategisch in die Ukraine einfliegt, die Infrastruktur zerbombt und meint, so die Ukraine zu seinem Satellitenstaat machen zu können. Am Anfang des Kriegs schickte er Todesschwadronen und wollte den gewählten ukrainischen Präsidenten umbringen lassen, damit er eine Marionette installieren kann. Für uns als westlich geprägte Menschen ist das unvorstellbar. Das Leiden der Zivilbevölkerung in der Ukraine lässt hier niemanden kalt. Mich bewegt das Leiden der Menschen sehr. Die Textänderung der SP will, dass man die medizinische Grundversorgung sicherstellt. Wir nehmen die Textänderung an. Unabhängig der Parteizugehörigkeit möchte der demokratische Gemeinderat die Ideale der Demokratie hochhalten und diese auch im Ausland geschätzt sehen. Es wäre schön, wenn wir den Vorstoss einstimmig überweisen könnten und es keinen Zwist, keine Diskussionen und keine Ablehnungen gäbe. Es wäre schön, wenn wir als Demokraten einstimmig zeigen, dass Putin die Demokratie mit seinem russischen Mafiastaat nicht angreifen darf und man der ukrainischen Zivilbevölkerung helfen muss.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Ich begründe, weshalb der Stadtrat den Vorstoss in der ursprünglichen Form – also ohne Textänderung – ablehnt. Das Anliegen der Postulanten ist im Grundsatz selbstverständlich zu begrüßen. Der Unterstützungsbedarf in der Ukraine ist nach dem völkerrechtswidrigen Angriff durch Russland und nach der massiven Zerstörung durch russische Truppen riesig. Die Stadt erhielt zahlreiche Anfragen für Unterstützungsleistungen, wie die Lieferung von Hygieneartikeln, Medikamenten oder technischem Equipment, und lieferte diese auch. In der Schweiz gibt es Hilfswerke, die genau auf diese Art der Unterstützung spezialisiert sind. Die Stadt unterstützte im Frühling vier dieser Hilfswerke mit total einer halben Million Franken aus dem Budgetkredit für die humanitäre Hilfe. Wir nutzen die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um möglichst gezielt und auf den bereits existierenden Strukturen aufbauend zu helfen – immer mit*



dem Ziel, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird. Dafür greifen wir auf langjährige und bewährte Instrumente zurück: Einerseits die Unterstützung bei humanitären Katastrophen, die mit einer Verordnung geregelt ist, andererseits den Unterstützungskredit für die internationale Zusammenarbeit. Wenn die Postulanten in ihrer Begründung auf den Gegenvorschlag der 1-Prozent-Initiative hinweisen, argumentieren sie im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Die humanitäre Hilfe ist auf Soforthilfe ausgelegt, während die Beiträge an die internationale Zusammenarbeit auf Langfristigkeit ausgelegt sind. Wir leisten auf Basis der humanitären Hilfe seit vielen Jahren regelmässige Beiträge zur finanziellen Unterstützung von Menschen und Gebieten, die in Krisen geraten. Im Zusammenhang mit der Ukraine unterstützen wir vier NGO: die Caritas, das Schweizerische Rote Kreuz, HEKS und Terre des Hommes. Diese sind seit vielen Jahren mit diversen Projekten in der Ukraine vertreten und arbeiten eng mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Sie haben Ortskenntnisse und ein breites Netz von freiwilligen Mitarbeitenden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Hilfe da ankommt, wo sie hin soll und die grösste Wirkung entfalten kann. Das Postulat fordert, dass wir nicht mehr gebrauchte Krankenwagen in die Ukraine liefern. Ich muss Ihnen aber sagen, dass wir solche nicht besitzen. Die Forderung führt also dazu, dass die Stadt auf den Markt gehen und Krankenwagen suchen soll, die wir dann in die Ukraine liefern. Das geht schräg an den bewährten Strukturen vorbei. Mit der vorgeschlagenen Textänderung öffnen Sie die Möglichkeiten. Wird das Postulat so überwiesen, werden wir selbstverständlich gerne gemeinsam mit erfahrenen NGO, die die Verhältnisse vor Ort kennen, prüfen, was es für Möglichkeiten gibt, um weitere Unterstützung zu leisten.

Hannah Locher (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Auch wir hörten, dass in der Ukraine ein dringendes Bedürfnis nach medizinischer Unterstützung – namentlich nach Krankenwagen – besteht. Für die SP ist klar, dass wir rasch reagieren und Hilfe leisten müssen. Deshalb begrüssen wir das Postulat grundsätzlich, haben aber zwei Änderungswünsche, die uns wichtig sind. Man muss rasch helfen können. Wir möchten aber nicht, dass die finanzielle Unterstützung gegen die Entwicklungshilfe ausgespielt wird. Deshalb soll die Forderung nicht zwingend über das Budget zum Gegenvorschlag zur Volksinitiative «1 Prozent gegen die globale Armut» laufen. Der Stadtrat soll selbst entscheiden, aus welchem Topf die Hilfe finanziert werden soll. Wir finden es wichtig, dem Stadtrat einen gewissen Spielraum zu lassen. Würde bei einer Prüfung ersichtlich, dass für die medizinische Grundversorgung anderes Material dringender gebraucht wird, soll auch hier geholfen werden können. Ich denke dabei zum Beispiel an Geräte für Operationssäle, oder Geräte und Materialien, damit Krankenwagen überhaupt ihren Zweck erfüllen können. Die Forderung nach Krankenwagen allein erachten wir als zu kurz gedacht. Unsere Textänderung lautet daher wie folgt: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Notfallversorgung und die medizinische Grundversorgung für die Menschen in der Ukraine unterstützen kann (beispielsweise für den Kauf von funktionstüchtigen Krankenwagen). Die Neutralität der Schweiz ist dabei gewährleistet.» Wir freuen uns, dass der Kompromiss von der SVP aufgenommen wurde und sie sich für Flüchtlingsthemen engagiert. Wir hoffen, dass die SVP auch bei zukünftigen Vorstössen zu Kriegsflüchtlingen aus Afghanistan oder anderen Schreckensgebieten Hand bieten wird.



Weitere Wortmeldungen:

Dr. Frank Rühli (FDP): Die FDP unterstützt das Postulat selbstverständlich. Wir gratulieren den Postulanten, dass sie sich dieses Themas annehmen. Wir sind uns alle klar, dass es um Menschenleben geht und wir das Thema parteiübergreifend angehen müssen. Als Arzt und einziger aktiver höherer Offizier der Sanitätstruppe hier, erlaube ich mir zu bemerken, dass die Formulierung des Postulats ein wenig diffus ist. Man kann sich darüber streiten, wo die Krankenwagen hinkommen sollen. Es gibt Situationen, in denen auch ein Krankenwagen keinen idealen Schutz bieten kann. Es geht heute darum, eine Unterstützung zu liefern und Menschenleben zu retten. Wir sind mit dem Textänderungsantrag der SP sehr einverstanden, weil dieser eine differenzierte und umfassendere Hilfe ermöglicht. Eine aussergewöhnliche Situation, wie in der Ukraine, erfordert innovative Massnahmen. Die Mittel müssen in der richtigen Quantität an den richtigen Ort kommen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist unglaublich beeindruckend, dass wir mit unserer Unterstützung ein Zeichen für die Freiheit in der Ukraine setzen können. Wir müssen uns im Klaren sein, dass unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Souveränität jetzt gerade von den Ukrainern auf ihrem eigenen Grund und Boden verteidigt werden. Würde man den Erpressungen Russlands nachgeben, wäre es bald vorbei mit unserer Freiheit und es würde zu neuen Aggressionen und Anmassungen einladen. Es ist deshalb wichtig, dass wir ein möglichst geschlossenes Zeichen senden können. Der Besuch der Ukrainerinnen beeindruckte mich stark. Sie mussten ihre Männer zuhause in der Ukraine lassen und wissen nicht, wie es ihnen geht und ob sie noch leben. Es ist wichtig, dass wir die Hilfe möglichst geschlossen unterstützen, um ein Zeichen zu setzen. Bei den Textänderungen geht es schlussendlich um Nebenkriegsschauplätze. Uns geht es heute um Geschlossenheit und wir nehmen die Textänderung deshalb an. Aus verschiedenen Gründen werden in Zürich Krankenwagen ausgemustert, die man in der Ukraine weiter nutzen kann – so, wie das mit ausgemusterten Trams bereits seit längerem passiert. Ich gehe davon aus, dass wir in Zürich zukünftig auf Elektrokrankswagen und hybride Antriebe umrüsten werden, und dann die alten Krankenwagen frei werden. Diese sollten an einem sinnvollen Ort eingesetzt werden. Ich erinnere an das Postulat von Walter Anken (SVP) und mir zur Sistierung der Städtepartnerschaft mit Peking, bis dort ein demokratisches Regime steht. Man hätte bereits damals ein Zeichen setzen sollen, weil auch das totalitäre Regime in Peking nicht harmlos ist. Damals lehnte der Rat bis auf die EVP das Postulat ab. Es ist nun an der Zeit, diesen Schandfleck zu korrigieren.

Roger Föhn (EVP): Auch die Fraktion Mitte-EVP unterstützt das Postulat der SVP und den Textänderungsantrag der SP. Wir sind froh um die Textänderung, weil sie mehr Möglichkeiten erlaubt. Wir können ein wichtiges Zeichen Richtung Ukraine und ihrer Bevölkerung senden. Wir haben die Menschen dort nicht vergessen.

Isabel Garcia (GLP): Auch die GLP unterstützt das Postulat. Wir sind froh um die Textänderung der SP, die die Hilfe präzisiert und ausweitet und so die Unterstützung auf solide und gute Beine stellt.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.



4 / 4

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er ~~möglichst viele gebrauchte Krankenwagen kaufen und über Entwicklungsorganisationen an die ukrainische Grenze liefern lassendie~~ Notfallversorgung und die medizinische Grundversorgung für die Menschen in der Ukraine unterstützen kann (beispielsweise für den Kauf von funktionstüchtigen Krankenwagen).

~~Dafür soll er das Budget ausschöpfen, welches durch den angenommenen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1% Initiative)» im laufenden Budgetjahr aktuell noch vorhanden ist.~~ Die Neutralität der Schweiz ist dabei gewährleistet.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat